NEWSLETTER

28.11.2020

Aufruf zur Wachsamkeit der Geflügelhalter

Bern, 26.11.2020 - In Nordeuropa sind die Fälle von Vogelgrippe bei wilden Wasservögeln seit Oktober stark gestiegen und Nutzgeflügel sind jetzt auch betroffen. Das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen ruft die Geflügelhalter auf, den Präventionsmassnahmen besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Diese Krankheit ist nicht auf den Menschen übertragbar.

Seit Ende Oktober haben die Fälle von Vogelgrippe bei wildlebenden Wasservögeln in Nordeuropa stark zugenommen und Anfang November sind erste Fälle in Geflügelbetrieben aufgetreten. Es ist zu erwarten, dass viele weitere Fälle entlang der Migrationsachsen in Richtung Afrika entdeckt werden (Westachse über die Atlantikküste und Gibraltar, Ostachse von Skandinavien Richtung Bosporus und Mittelmeerküste).
Derzeit treffen wildlebende Wasservögel an unseren Seen zur Überwinterung ein. Eines der Übertragungsrisiken ist die Kontamination der Wiesen durch Wildenten, die hier, vorwiegend in der Nacht, Nahrung suchen.
Die Gesundheitssituation kann sich daher sehr rasch ändern, und es ist wichtig, dass jeder Kontakt zwischen Hausgeflügel und Wildvögeln verhindert wird. Wir rufen daher die Geflügelhalter auf, folgendes zu beachten:

- Fütterung und Tränkung in einem für Wildvögel nicht zugänglichen Geflügelstall
- Strikte Einhaltung der Biosicherheitsmassnahmen vor dem Betreten der Stallungen (Schuhwechsel, Überkleid für die Stallung, Händedesinfektion)
- Die Freilandhaltung und der Weideauslauf sind weiterhin möglich. Vorbereitungen sind jedoch zu treffen, um gegebenenfalls die Tiere in einem geschützten Aussenklimabereich zu halten. Bestehende Gitter sind auf Löcher zu überprüfen.

Gemäss verfügbaren Informationen sind die Virenstämme der aktuell zirkulierenden Vogelgrippe nicht auf den Menschen übertragbar. Trotzdem sind Personen, die auf Vogel-kadaver stossen, gebeten, diese nicht zu berühren und sich an einen Wildhüter, an die Fischereiaufsicht oder an die Kantonspolizei zu wenden.
Seit dem 1. Januar 2010 ist die Registrierung von Geflügelhaltungen obligatorisch. Dies gilt auch für Hobbyhaltungen.

Quelle: BLV

Swiss Antibiotic Resistance Report 2020: Antibiotikaresistenzen bleiben eine Herausforderung

19.11.2020

Resistente Bakterien sind ein weltweites Problem. Um die Wirksamkeit von Antibiotika zu erhalten, hat der Bundesrat 2015 eine nationale Strategie Antibiotikaresistenzen (StAR) verabschiedet. Seither werden in den Bereichen Mensch, Tier und Umwelt erfolgreich Massnahmen umgesetzt.
Die Eindämmung der Antibiotikaresistenzen braucht aber weitere Anstrengungen. Der neue Bericht zeigt Zahlen zu Verbrauch und Resistenzen von Antibiotika bei Mensch und Tier in der Schweiz.
Antibiotika müssen gezielt und so wenig wie möglich eingesetzt werden. Der übermässige oder unsachgemässe Einsatz von Antibiotika kann bei Bakterien zur Entstehung von Resistenzen beitragen. Die Zahl von Infektionen mit resistenten Bakterien nimmt weltweit zu – auch in der Schweiz. Solche Infektionen können mit Antibiotika nur noch schwer oder manchmal gar nicht mehr behandelt werden.

Neuer Bericht zu Antibiotikaverbrauch und Antibiotikaresistenzen in der Schweiz
Um die Wirkung von getroffenen Massnahmen zu beurteilen, ist es nötig, den Antibiotikaverbrauch und die Antibiotikaresistenzen bei Mensch und Tier zu überwachen. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) und das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) geben dazu alle zwei Jahre einen umfassenden Bericht, den «Swiss Antibiotic Resistance Report», heraus.
Der aktuelle Bericht zeigt: In der Humanmedizin bleibt der Antibiotikaverbrauch gegenüber den Vorjahren ungefähr gleich. Fast 90 Prozent der Antibiotika wurden im ambulanten Bereich eingesetzt. In der Veterinärmedizin ist der Antibiotikaverbrauch weiter rückläufig.
Die seit 2004 beim Menschen und seit 2006 bei Tieren erhobenen Daten zu den Resistenzen zeigen unterschiedliche Entwicklungen: Bei einigen Bakterien haben die Antibiotikaresistenzen deutlich zugenommen, während sie bei anderen stabil geblieben oder gesunken sind.

Schweizer Bevölkerung über Antibiotikaresistenzen befragt
Wie eine aktuelle Studie von Demoscope im Auftrag des Bundesamtes für Gesundheit zeigt, glaubt rund ein Drittel der Bevölkerung, dass Antibiotika Viren zerstören. Antibiotika haben aber keine Wirkung gegen Viren, sie können nur Bakterien bekämpfen. Aufklärungsarbeit ist somit im Kampf gegen Antibiotikaresistenzen weiterhin wichtig.
Verglichen mit der Befragung 2016 hat der Wissensstand leicht zugenommen. Dabei zeigt sich, dass Frauen und Personen ab 40 Jahren besser über Antibiotika informiert sind als Männer und die jüngeren Befragten. Eine klare Mehrheit aller Befragten weiss, dass die unnötige Einnahme von Antibiotika deren Wirksamkeit verringert (86 Prozent).

Massnahmen gegen die Verbreitung von Resistenzen
Resistente Bakterien können an vielen Orten eingeschleppt werden und sich weiterverbreiten. Um dieses Risiko zu verringern, wurden verschiedene Instrumente erarbeitet:

- Biosicherheits-Massnahmen reduzieren das Risiko, Krankheiten einzuschleppen und weiterzuverbreiten. Auf der Plattform www.gesunde-nutztiere.ch können sich Landwirte weiterbilden und via Online-Fragebogen die Biosicherheit ihres Betriebes überprüfen. Mit gezielten Biosicherheitsmassnahmen können sie Krankheiten vorbeugen und den Antibiotikaverbrauch verringern. Die Plattform wurde von der Vetsuisse Fakultät Zürich zusammen mit dem Rinder- und Schweinegesundheitsdienst (SGD, RGD) im Auftrag des BLV entwickelt.
- Resistente Bakterien können auch in Gesundheitseinrichtungen wie Tierarztpraxen übertragen werden. Um dieses Risiko zu reduzieren, hat die Vetsuisse Fakultät Zürich zusammen mit weiteren Experten ein Hygienehandbuch herausgegeben. Es enthält viele praktische Empfehlungen und fundiertes Hintergrundwissen für Tierärzte und Tierärztinnen zur Vorbeugung von Infektionen von Menschen und Tieren in Tierarztpraxen.

Quelle: vet-magazin.ch (gekürzt)

Swiss Antibiotic Resistence Report 2020

Massentierhaltung: «Gegenvorschlag ist untauglich»

27.11.2020

Die Organisation Sentience Politics, Urheberin der Massentierhaltungsinitiative, kann wie die Kleinbauern-Vereinigung nichts mit dem Gegenvorschlag des Bundesrates anfangen und bezeichnet ihn als untauglich.
Während der Vorstand des Schweizer Bauernverbandes sowohl die Massentierhaltungsinitiative als auch deren Gegenvorschlag ablehnt, unterstützt etwa der Vorstand der Kleinbauern-Vereinigung die Initiative, da der Gegenvorschlag zentrale Teile wie zum Beispiel die Herdengrösse oder auch die Regelung für tierische Importprodukte ausklammere.
Für Sentience Politics ist eine Limitierung der Gruppengrösse beim Gegenentwurf sei zwingend, heisst es in einer Mitteilung. Würde der Gegenentwurf angenommen und würden die im erläuternden Bericht angekündigten Massnahmen ergriffen, hätte dies – ohne flankierende Massnahmen zur Einfuhr von Tierprodukten aus Massentierhaltung – negative Folgen für die Schweizer Landwirtschaft, schreiben sie in der Mitteilung. Durch eine Verlagerung der Produktion ins Ausland könnte der Gegenentwurf sogar einen negativen Effekt auf das aggregierte Tierwohl haben.

Maximale Gruppengrösse
Die Volksinitiative «Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative)» verlangt eine Verfassungsänderung zur landwirtschaftlichen Tierhaltung. Der Bund soll demnach die Würde des Tieres in der landwirtschaftlichen Tierhaltung schützen.
Konkret soll der Bund Kriterien festlegen für eine tierfreundliche Unterbringung und Pflege, den Zugang ins Freie, die Schlachtung und die maximale Gruppengrösse pro Stall. Er soll auch Vorschriften über die Einfuhr von Tieren und tierischen Erzeugnissen zu Ernährungszwecken erlassen. Die Definition der Massentierhaltung erfolgt über die Gruppengrösse sowie die systematische Missachtung der Grundbedürfnisse der Tiere, heisst auf der Website der Initianten. Die Initianten wollen, dass jede Haltung von Tieren, die nicht mindestens den Richtlinien von Bio Suisse entspricht, verboten wird. Das hätte grosse Auswirkungen: Anstatt einer Höchstbestandesgrösse von 18'000 Hühnern müsste die Bio-Richtlinie mit maximal 2000 Hühnern umgesetzt werden.
Der Bundesrat lehnt die Initiative ab, hat aber einen Gegenvorschlag verabschiedet und in Vernehmlassung geschickt. Ihm sei das Wohlergehen der Tiere, insbesondere der Nutztiere, ein wichtiges Anliegen, teile die Landesregierung Mitte August mit. Der Gegenentwurf nehme zentrale Aspekte auf.

Gegenentwurf will Raus-Obligatorium
Der Bundesrat will die tierfreundliche Unterbringung, den regelmässigen Auslauf und die schonende Schlachtung von Nutztieren in der Verfassung verankern, wie es die Initiative vorschlägt. In diesen Bereichen sollen die Minimalanforderungen für alle Nutztiere angehoben werden. Der Gegenentwurf sieht zudem vor, den Schutz des Wohlergehens als allgemeinen Grundsatz für alle Tiere in die Verfassung aufzunehmen und nicht nur für Tiere in der landwirtschaftlichen Tierhaltung.
Bei einer Annahme des Gegenentwurfs will die Regierung dem Parlament eine Gesetzesvorlage vorlegen. Bei der Nutztierhaltung fordert der Bundesrat ein Obligatorium für regelmässigen Auslauf im Freien (Raus). «Grundsätzlich sollen alle Nutztiere regelmässigen Auslauf haben. So sollen alle Rinder künftig entweder in Freilaufställen gehalten werden oder in Anbindeställen tagsüber Auslauf im Freien erhalten», bekräftigte die Landesregierung. Bei den importierten Produkten will der Bundesrat hingegen keine Regelungen.

<u>Wortlaut der Initiative</u>

1. Der Bund schützt die Würde des Tieres in der landwirtschaftlichen Tierhaltung. Die

Tierwürde umfasst den Anspruch, nicht in Massentierhaltung zu leben.
2. Massentierhaltung bezeichnet eine technisierte Tierhaltung in Grossbetrieben zur Gewinnung möglichst vieler tierischer Produkte, bei der das Tierwohl systematisch verletzt wird.
3. Der Bund legt die Kriterien für eine tierfreundliche Unterbringung und Pflege, den Zugang ins Freie, die Schlachtung und die maximale Gruppengrösse je Stall fest.
4. Der Bund erlässt Vorschriften über den Import von Tieren und Tierprodukten zu Ernährungszwecken, die diesem Artikel Rechnung tragen. Art. 197 BV (Übergangsbestimmungen)neu Ziff. ### Die Ausführungsbestimmungen zur landwirtschaftlichen Tierhaltung gemäss Art. 80a BV können Übergangsfristen für die Transformation der landwirtschaftlichen Tierhaltung von maximal 25 Jahren vorsehen. Die Ausführungsgesetzgebung orientiert sich bezüglich Würde des Tiers an Bio Suisse Standards (mindestens Stand 2018). Ist die Ausführungsgesetzgebung zu Art. 80a BV nach dessen Annahme nicht innert 3 Jahren in Kraft getreten, erlässt der Bundesrat Ausführungsbestimmungen vorübergehend auf dem Verordnungsweg.

Quelle: Schweizerbauer

So meistert Belgien die Afrikanische Schweinepest

23.11.2020

Die Afrikanische Schweinepest ist in Deutschland angekommen und es gilt, ein Ausbreiten der Seuche zu verhindern. Belgien ist seit ungefähr 12 Monaten frei von der ASP und wurde am 20. November 2020 offiziell seitens der EU Kommission zu einem ASP-freien Land erklärt. Das sind die Maßnahmen unseres Nachbarn.

Vor mehr als zwei Jahren haben die belgischen Behörden den ersten Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest (ASP) gemeldet. Strikte und schnelle Maßnahmen haben dazu geführt, dass Belgien die ASP in den Griff bekommen hat. In den letzten 12 Monate wurde kein einziger neuer ASP-Fall mehr verbucht.
Dazu hat zum Beispiel eine starke Bejagung der Wildschweine und eine Tötung aller Hausschweine in der betroffenen Zone gehört. Das ging einher mit Entschädigung für die Landwirte und einem besonderen Augenmerk auf Biosicherheit im ganzen Land. In Belgien ist die ASP heute von der Bildfläche verschwunden. Nach einer Abstimmung aller EU-Mitgliedsstaaten in einem Ständigen Ausschuss wurde Belgien am 20. November als ASP-frei erklärt.

ASP-Maßnahmen: Belgien als Vorbild für Deutschland?
„Unser Ziel in Niedersachen und Deutschland ist es, das Seuchengeschehen der Afrikanischen Schweinepest zu stoppen – ähnlich wie es auch Tschechien und Belgien geschafft haben", erklärt Dr. Barbara Gottstein vom Referat für Tierische Nebenprodukte und Tiersuchen des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.
Die wichtigste Maßnahme, um Hauschweine effektiv zu schützen, sei die Biosicherheit auf den Betrieben. Werde sie konsequent eingehalten, seien Schlachtungen von nicht infizierten Hausschweinebeständen in infizierten Gebieten, wie es in Belgien geschehen ist, nicht notwendig.

Welche Maßnahmen führten in Belgien zu einer Verhinderung der ASP?
Belgien nutzte zur ASP-Verhinderung unter anderem folgende Maßnahmen:

- Der öffentliche Dienst bekam die ASP mit striktem Vorgehen in Wallonien unter Kontrolle
- Im infizierten Gebiet wurde eine Vernichtung der Wildschweinpopulation angestrebt
- Ausgeweitete Kernzone auf 110.600 ha inklusive eine Waldfläche von 57.000 ha
- Um einen Ausbruch bei Hausschweinen zu verhindern, wurden Bestände vorsorglich gekeult

Quelle: agrarheute

Neue Rekordwerte bei ASP-Fällen in Polen

26.11.2020

In Polen grassiert die Afrikanische Schweinepest (ASP) unvermindert weiter. Im Gegensatz zu früheren Jahren gibt es in diesem Herbst in Polen kaum Anzeichen für ein Abflauen des Seuchengeschehens. Die polnischen Schweinehalter stehen durch die ASP und Corona-bedingte Marktverwerfungen stark unter Druck und sollen nun durch ein Nothilfeprogramm unterstützt werden, berichtet Agra Europe (AgE).

ASP-Fälle steigen in die Höhe
Die Oberste Veterinärbehörde bestätigte allein in der vergangenen Woche mehr als 50 neue ASP-Fälle bei Wildschweinen. Seit Jahresbeginn sind damit bereits 3.608 Wildfunde mit insgesamt mehr als 5.700 verendeten Tieren registriert worden. Das Vorjahresniveau von 2.500 amtlichen Fällen ist damit längt überschritten.
Bis zum Jahresende dürfte die Statistik daher neue Rekordwerte erreichen. Dies gilt ebenso für Seuchenausbrüche in Hausschweinebeständen, von denen schon im Oktober mit gut 100 Fällen mehr als doppelt so viele registriert wurden wie im gesamten Jahr 2019. Auch die Zahl der im Rahmen seuchenrechtlicher Vorschriften gekeulten Schweine könnte den Vorjahreswert von rund 35 000 Tiere um das Doppelte übertreffen.

Nothilfeprogramm für stark beeinträchtigte Betriebe
Die polnischen Schweineproduzenten stehen deshalb stark unter Druck, auch wegen der coronabedingten Verwerfungen am Markt. Die Regierung in Warschau hatte als Reaktion darauf bereits ein Nothilfeprogramm für die besonders betroffenen Betriebe aufgelegt. Nach Einschätzung des Nationalen Verbandes der Schweineproduzenten (POLPIG) werden diese Hilfen jedoch bei weitem nicht ausreichen.
Der Verband wies kürzlich darauf hin, dass der polnische Schweinemarkt bei Erzeugerpreisen von umgerechnet weniger als 0,90 Euro/kg kurz vor dem

Zusammenbruch stehe. Teilweise werde der ohnehin volle Markt durch Lieferungen von Schlachttieren aus Deutschland weiter bedrängt. Der Verband fordert deshalb zusätzliche Hilfsmaßnahmen wie die Inanspruchnahme der Privaten Lagerhaltung (PLH) oder Förderprogramme für heimische Fleischerzeugnisse.

Quelle: schweine.net

QM-Jager SGD-A in Fr./kg LG
Woche 48 / 2020

	20kg	30kg	40kg	50kg
CHF	7.00	5.50	4.80	4.30

Schlachtschweine in Fr./kg SG
27.11. - 03.12.2020

	QM	CNf	IPS
CHF	4.10	4.60	4.35

Schub wegen Krise: Regionalprodukte gefragt

25.11.2020

Ob direkt vom Hof, vom Quartierladen um die Ecke oder in den grossen Supermärkten: Schweizer Konsumenten wollen vermehrt regionalen Produkten den Vorzug geben. Das zeigt eine Studie der Hochschule Luzern (HSLU) zu Veränderungen des Konsumverhaltens in der Krise.

Schutz und Unterstützung
In einer ersten Befragung während des Lockdowns im April gaben 85 Prozent an, mindestens ab und zu auf die regionale Herkunft zu achten. Mit den Lockerungen im Sommer verstärkte sich das sogar noch: Bei einer zweiten Umfrage Mitte Juni unter gut 1'000 Personen waren es bereits 92 Prozent.
Mit dem Gang in kleinere Läden wollten sich die Leute einerseits schützen, sagt HSLU-Forscher und Studien-Co-Autor Dominik Georgi im Gespräch mit der Nachrichtenagentur AWP. «Dort gibt es häufig nicht so ein ‹Gewusel› wie im Supermarkt.» Andererseits spiele auch der Wunsch, regionale Produzenten in der Krise zu unterstützen, eine Rolle: «Viele Leute waren sich bewusst, dass gerade kleine Anbieter Probleme haben könnten.» Dazu kämen ökologische Gründe.

Unterschiedliche Einschätzungen
Unter den Detailhändlern gibt es unterschiedliche Wahrnehmungen zu den Auswirkungen der Pandemie. «Während und nach des Lockdowns spürten wir eine erhöhte Nachfrage nach regionalen Spezialitäten», sagt Coop-Sprecherin Melanie Grüter.
Ähnlich klingt es bei Lidl Schweiz: «Wir spürten in den letzten Monaten einen deutlichen Anstieg der Nachfrage und zwar sortimentsübergreifend». Speziell beliebt sind laut den Detailhändlern beispielsweise Frischeprodukte wie Früchte und Gemüse, Brot und Fleisch, aber auch Bier.

Langjähriger Trend
Bei der Migros ist der Umsatz der regionalen Produkte im ersten Halbjahr zwar um 2,2 Prozent gestiegen, wie Sprecher Patrick Stöpper festhält. Allerdings: «Dieser Anstieg kann auch darauf zurückgeführt werden, dass sich der Supermarktumsatz seit der Coronakrise stark positiv entwickelt.»
Klar ist, dass die Nachfrage nach Regionalem generell wächst. Den Trend im Detailhandel hin zum Regionalen gebe es schon länger, hält Georgi fest. «Er hat durch Corona einen Schub bekommen.» So gaben in der Studie 42 Prozent an, schon vor der Krise mehr regionale Produkte gekauft zu haben. 9 Prozent fingen während des Lockdowns damit an und weitere 9 Prozent nehmen sich das für die Zukunft vor.

Quelle: Schweizerbauer

Schweinefleisch: Importe legen deutlich zu

23.11.2020

Rund 5300 Tonnen seien es in den ersten neun Monaten gewesen. Davon kamen rund 4400 Tonnen aus Deutschland. Im Vergleich zur Vorjahresperiode liege das Plus deutscher Produkte bei rund 34 Prozent, und gemessen am selben Zeitraum 2018 wurde fast zehn Mal so viel deutsches Schweinefleisch eingeführt, hiess es. Aus finanzieller Sicht lohne sich der Import von Schweinefleisch aus Deutschland, da die Produktionskosten dort tiefer seien, hiess es weiter. Ein Sprecher des Bundesamtes für Landwirtschaft sagte gegenüber der Zeitung, dass die Preise für deutsches Schweinefleisch besonders lukrativ seien.

Quelle: Schweizerbauer

Taiwan: Proteste gegen US-Schweinefleisch

24.11.2020

Tausende Taiwanesen protestierten gegen die Einfuhr von US-Schweinelfeisch, weil dort der Einsatz des Wachstumsförderers Ractopamin erlaubt ist.

Weil die taiwanesische Regierung ein Verbot gegen Importe von Schweinefleisch und Rindfleisch aus den USA zum 1. Januar 2021 aufgehoben hat, sind dort tausende Menschen auf die Straße gegangen. Die Demonstration war Teil des Protestmarsches "Herbstkampf". Zu diesem rufen jährlich die Gewerkschaften auf, um auf Missstände im Land aufmerksam zu machen.
Große Teile der Bevölkerung kritisieren den taiwanesischen Präsidentin dafür, dass durch die Aufhebung des Importverbotes wieder Schweinefleisch aus den USA in den Handel gelangt, welches Überreste des Medikaments Ractopamin enthält. Dieses wird in der US-Tierzucht als Wachstumsförderer eingesetzt. Unter anderem in China und der EU ist der Einsatz von Ractopamin verboten. Nach mehreren großen Lebensmittelskandalen fürchten viele Taiwanesen gesundheitliche Schäden durch den Verzehr von US-Schweinefleisch.
Die Regierung hält dagegen und verteidigt die Importfreigabe. Es sei keine Sicherheitsbedrohung zu erwarten und die Einfuhrerlaubnis würde die Beziehungen zwischen Taiwan und den USA stärken. Tatsächlich war diese auch eine entscheidende Hürde für Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen zwischen den USA und Taiwan.
Artikel drucken.

Quelle: SUS online

© 2020 PigXperts AG

PigXperts AG
Tierarztpraxis für Schweine
Frohburgstrasse 14
4663 Aarburg
www.pigxperts.ch

Diese E-Mail wurde an {{ contact.EMAIL }} versandt.
Sie haben diese E-Mail erhalten, weil Sie sich auf www.pigxperts.ch angemeldet haben.

Abmelden

Gesendet von sendinblue